

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmontalich 1 Mark einschließlich Dringelohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich 14 Mal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von mittigen Tagen und Abenden entgegen genommen. Redaktionen u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Meier, G. m. b. H., Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Wollenburg, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Redakteur u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgehaltene Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, Bekanntheits 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgabebild ist bei der Zustellung vorzulegen. Jede Anzeigengruppe von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postfach 20 Waggelburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 169

Donnerstag, den 23. Juli 1931

6. Jahrgang

Ergebnis von London.

Die ausländischen Banken garantieren dafür, daß kein Geld mehr aus Deutschland abgezogen wird. — Kurzfristige Kredite werden verlängert. — Französische Milliarden sind nur durch politische Zugeständnisse zu erreichen, welche Deutschland nicht geben kann. — In Vorbereitung ein internationaler Kredit ohne Frankreich an Deutschland. — Internationale Finanz-Sachverständige kommen nach Berlin. — Im Herbst muß eine Revision der Kriegsschulden beraten werden. — Die deutschen Unterhändler sind mit dem Resultat zufrieden, die Amerikaner nicht.

London, 23. Juli. (E3.)

Die Londoner Konferenz ist praktisch bereits zu Ende. Die Mittwoch-Nachmittags-Sitzung der Finanzminister hat mit der einstimmigen Annahme eines Beschlusses geendet, der heute in einer Schlußsitzung dem Plenum der Sieben-Mächte-Konferenz unterbreitet und von ihm gutgeheißen werden wird. Dieser Beschluß wird an positiven Maßnahmen zwei Punkte enthalten und zwar

1. die Bildung eines Stillhaltekonjunktions aller ausländischen Banken, die in Deutschland kurzfristige Kredite inoffiziell haben und die sich verpflichten sollen, keine weiteren Zurückziehungen dieser Kredite vorzunehmen.

2. Der internationale Rediskonkredit in Höhe von 100 Millionen Dollar, der am 16. Juli fällig war und bereits einmal bis zum 16. August verlängert wurde, wird abermals um drei Monate verlängert werden.

Die anfänglich erstrebte langfristige Anleihe wäre nur mit Zustimmung Frankreichs unter politischen Voraussetzungen möglich gewesen.

In den Kreisen der deutschen Delegation ist man mit diesem Ergebnis keineswegs unzufrieden, obwohl man in anglo-amerikanischen Kreisen über diese Zufriedenheit außerordentlich verwundert ist.

*

Die gestrigen Verhandlungen.

London, 22. Juli. (Eig. Draht.)

In der Mittwoch-Vormittags-Sitzung der Siebenmächte-Konferenz, die bis kurz vor 1 Uhr mittags dauerte, wurde eine grundsätzliche Einigung über die wesentlichen Punkte eines Schriftstückes erzielt, in dem die Ergebnisse der Konferenz festgelegt werden sollen. Auch die Franzosen haben sich, wie auf deutscher Seite unterrichtet wird, durchaus positiv zu den Vorlesungen verhalten. Sie haben im wesentlichen eine Stärkung des deutschen Kredits in der Welt zum Ziel.

In der Einleitung des Schriftstückes heißt es, daß die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität Deutschlands im Interesse der gesamten Welt liege. Aus diesem Grunde empfahlen die Regierungen den Zentralnotenbanken, ihre kurzfristigen Kredite an Deutschland in langfristige umzuwandeln. Ueber gewisse Einzelheiten, insbesondere über die Modalitäten eines Rediskonkredits verhandelten die Finanzminister nachmittags weiter. Am Donnerstagvormittag findet eine neue Plenarkonferenz statt. Man hofft, daß die Konferenz bis Donnerstagabend zu Ende geführt werden kann.

Auf Grund einer deutschen Anregung dürften internationale Finanzkapazitäten von der Konferenz beauftragt werden, unverzüglich an Ort und Stelle, d. h. in Berlin zu prüfen, inwieweit die in London beschlossenen Maßnahmen ausreichen und welche Maßnahmen den Regierungen empfohlen werden müssen.

Die Gewährung eines Rediskonkredits

an Deutschland, die am Mittwochnachmittag von den in London weilenden Finanzministern der verschiedenen Mächte besprochen wurde, ist nicht ganz einfach zu regeln. Frankreich wünscht selbst für einen solchen Kredit Sicherungen wirtschaftlicher u. politischer Art. Wirtschaftliche Sicherungen sind von deutscher Seite in Form der bei der Reichsbank liegenden Wechsel geboten worden.

Ein politischer Hinweis hofft man eine Verteidigung in den zahlreichen Aussprachen zu erzielen, die gegenwärtig inoffiziell zwischen den Außenministern der hier vertretenen Länder stattfinden. So hatte Curtius am Mittwoch u. a. folgende

Interredungen mit Brand.

In den Kreisen der französischen Abordnung wurde hinsichtlich der politischen Beziehungen zwischen Brand und Curtius die Ansicht vertreten — die sich im Übrigen auf Ausführungen von Brand stützt — daß die Einleitung an die französische Abordnung zum Schriftstück am Donnerstag in der deutschen Vertretung ein gutes Vorzeichen bedeute. Es würde sich dort Gelegenheit bieten, die zwischen Curtius und Brand gepflogenen Besprechungen, die sich auf den Pariser Unterhaltungen aufbauten, fortzuführen. Die Aussprache würde wahrscheinlich den Weg zu einem neuen Gedanken-austausch ebnen, der dann vielleicht in nicht allzuferner Zukunft die französischen Minister nach Berlin führen werde, so daß die unmittelbaren Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich fortgesetzt werden.

In Konferenzkreisen distinkt man neuerdings auch wieder

stark die Möglichkeit der

Gewährung eines Kredites an Deutschland

durch Amerika und England unter Beteiligung von Japan ohne Frankreich. Um einen solchen Kredit zu ermöglichen, müßte sich Frankreich aber verpflichten, seine Gelder mehr aus England zurückzuführen. Wie notwendig das ist, zeigt die neueste Schwächung des Pfundrates. Die Bank von England verlor am Mittwoch wieder fast 3 1/2 Millionen Pfund Gold und hat seit dem 13. Juli, an dem die Goldhöhe einsteigt, bereits 420 Millionen Pfund Gold abgegeben müssen.

Ein anderes Problem, das am Mittwoch ebenfalls besprochen wurde, ist die Verringerung der

Verteilung der kurzfristigen Schulden in Deutschland.

Frankreich ist nur mit Schätzungsweise fünf Prozent an den kurzfristig in Deutschland befindlichen Geldern beteiligt. England und Amerika wünschen eine größere Beteiligung Frankreichs, aber auch hier tauchen die gleichen Schwierigkeiten auf wie bei der Gewährung eines neuen Kredites.

In England besteht nach wie vor die Überzeugung, daß es nicht genügt, wenn es der Konferenz nur gelingt, die augenblickliche Not Deutschlands zu überbrücken. Eine Konferenz im Herbst müßte folgen und zwar auf der breiteren Grundlage der

Revision der Kriegsschulden.

Es müßte nicht nur hinsichtlich eines feststehenden angenommen werden, daß die alten Zahlungen nach dem Hoover-Jahr nicht fortgeführt werden, sondern zur Wiederherstellung des Vertrauens müßte wenigstens eine praktische Lösung in Aussicht gestellt werden. Im anderen Falle befürchtet man, daß die Revision, die in einem Jahr doch eintreten müßte, neue politische Beunruhigung hervorzurufen würde.

Washington einverstanden.

Washington, 22. Juli. (Lanion). Unterstaatssekretär Caffie erklärte, daß Washington mit dem Programm, das die Finanzminister der auf der Londoner Konferenz vertretenen Staaten ausgearbeitet haben und das am Donnerstag der Vollziehung unterbreitet werden wird, einverstanden sei.

Sonst aber Unzufriedenheit in Amerika.

Es muß ganze Arbeit gemacht werden.

Washington, 23. Juli. (E3.) In maßgebenden amerikanischen Finanzkreisen betrachtet man das Ergebnis der Londoner Konferenz als durchaus unzufriedenstellend. Es herrscht allgemein die Ansicht vor, daß die Krise in Deutschland trotz der Londoner Konferenz fortzudauern wird, solange das Reparationsproblem nicht von Grund auf gelöst wird. Immerhin herrschen hinsichtlich der Gewährung langfristiger Kredite an

Deutschland zwischen den Bankgruppen starke Meinungsverschiedenheiten. Nur die Minorität der Banken, darunter zwei Großbanken, hat sich bisher zu einer Kreditlinie bereit erklärt, während die Mehrheit zunächst die Auswirkung der Londoner Vereinbarung abwarten will.

Auch die amerikanischen Gewerkschaften werden sich beteiligen.

Newport, 23. Juli. (E3.) Der Vorstoß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes forderte in einer öffentlichen Erklärung die Revision des Reparationsproblems wie überhaupt des Problems der interalliierten Schulden. Das Hoover-Jahr verzögere die endgültige Abrechnung. Im Verlauf des Winters wird die Exekutivkommission der amerikanischen Gewerkschaften maßgeblich das Creditproblem von neuem aufrollen.

Was die Franzosen sagen.

Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses.

Paris, 23. Juli. (E3.) Die bürgerliche französische Presse bemüht sich, das Ergebnis der Londoner Konferenz als befriedigend hinzustellen. Sie gibt zwar zu, daß Deutschland keine großen Erleichterungen in seiner schwierigen Lage erhalten werde, aber sie betont, daß das wichtigste Ergebnis der Konferenz eine Verlängerung des Vertrauens zwischen Frankreich und Deutschland sei, die der Haltung des Reichstags zu verdanken wäre und die vielleicht in einer mehr oder minder nahen Zukunft eine umfangreiche Hilfsaktion zugunsten Deutschlands ermögliche. In diesem Sinne schreibt das „Petit Journal“, daß die deutschen Minister keine neuen Kredite erhalten würden. Die Konferenz verfolge die Aufgabe des gestrigen Passes, aber sie bestreite nicht, das Maß neu zu legen. Brünning bringe jedoch nach Berlin mangels fliegender Münze oder eines Moratoriums eine Art unangenehme Unterbrechung mit, aus der Deutschland, wenn es wolle, einen gewissen Nutzen ziehen könne. Deutschland sei nicht isoliert. Es könne sich auf die noch schlichteren, aber gemeinsame Sille der Gläubigerländer stützen. Schließlich seien die deutsch-französischen Beziehungen seit den Pariser Verhandlungen, die in London fortgesetzt wurden und weitere Folgen haben würden, deutlich besser geworden. In dieser Hinsicht könne man die offene Haltung des Reichstags und seinen Wunsch, mit Frankreich zusammenzuarbeiten, nicht genug würdigen. Diese Wiederannäherung sei schon an sich ein Element des Vertrauens und es hänge von der deutschen öffentlichen Meinung ab, daß sie Früchte tragen werde. Auch der „Matin“ begrüßt die Besserung der deutsch-französischen Beziehung und der „Petit Parisien“ erklärt, daß die deutschen Minister entgegen den Behauptungen englischer Zeitungen bei der französischen Delegation die vollständigste Unterstützung gefunden haben. Von französischen Standpunkt aus, stellen die Pariser Zeitungen fest, daß die von Frankreich angebotene Hilfe, nämlich keine Kredite ohne finanzielle und politische Garantien, von Paris aufrechterhalten worden ist.

KPD.-Bündnis mit Faschisten.

Die kommunistische Partei zusammen mit Hugenberg, Hitler, Seidte und Düstlerberg

Der preussische Innenminister hat der KPD. am Mittwoch folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Auf Ihr Schreiben vom 21. Juli teile ich Ihnen mit, daß die Preussische Staatsregierung es ablehnt, Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zum Gegenstand eines politischen Kaufhandels zu machen.“

93. Sebering.“

Die kommunistische Partei * hat an das Preußenkabinett ein Ultimatum gerichtet, nach dessen voraussetzender und gewollter Ablehnung sich die Kommunisten am Volkstentend des Stahlschmelzes gegen die Preußenkoalition beteiligen wollen.

Die Forderungen dieses Ultimatum sind derart, daß niemand sie ernst nehmen konnte. Die preussische Regierung hat diese Forderungen abgelehnt. Die Verbindung lag nahe, über diese Forderungen im einzelnen zu diskutieren, um ihre Unrechtheit und Un Sinnigkeit aufzuzeigen. Die Preußenregierung ist dieser Verbindung in keinem Augenblick unterlegen. Sie hat den Kommunisten eine ernste und würdige Antwort gegeben, die von jenem Geist der Entschlossenheit und Unbeugbarkeit erfüllt ist, den die Preußenregierung gegenüber allen Angriffen der vereinigten Rechtsradikalen von jeher gezeigt hat. Ueber die Forderungen die

es Ultimatum braucht nicht diskutiert zu werden. Die Tatsache, daß die kommunistische Partei sich zum Gefolgsmanne des Stahlschmelzes herabzulassen will, spricht so laut, daß es keiner Diskussion über das uneheliche Bündnis bedarf, das diese Schwächung einleiten soll.

Diese Unterwerfung der kommunistischen Führung unter die Führung der Seidte und Düstlerberg stellt einen verzeihlichen Versuch der kommunistischen Partei dar, die Sozialdemokratische Partei zu treffen. Der Pfeil wird jedoch auf den Schützen zurückfallen. In den Kreisen der kommunistischen Arbeiter wird man erkennen, welcher Mißbrauch mit ihnen getrieben wird, wenn sie sich mit den uniformierten Stahlschmelzern und den Hitlergardern, mit den Bürgerkriegsgardisten des deutschen Unternehmertums an die Wahlurnen gehen wollen, um dem Faschismus in Preußen zur Macht zu verhelfen. Der einfache kommunistische Arbeiter wird sich im Innern fühlen, daß hier ein Angriff gegen die gesamte Klassenbewußte Arbeiterklasse in Deutschland geplant ist, vor allem aber ein Angriff auf die kommunistische Partei selbst und auf den Antheil der kommunistischen Arbeiter. Sich der Führung des Stahlschmelzes unterwerfen.

Hilfsstruppe zu werden für die Hitler, Hugenberg, Düstlerberg und Genossen, daß ist die Selbstpreisgabe der kommunistischen Partei und der kommunistischen Ideologie!

Der Glaube an das kapitalistische System ist bis tief in die Reihen des deutschen Bürgerrechts hinein tief erschüttert. Die

Die hundert Mark.

Die Ausreisegeldbeschränkung-Verordnung hat im In- und Auslande eine berartige Veräberung und berartig die berechtigten Kritik hervorgerufen, daß selbst ihre Urheber sich jetzt allen Ernstes mit dem Gedanken tragen, sie schneller, als anfänglich beabsichtigt, außer Kraft zu setzen. Man plant, sie nach sechs Wochen unwirksam zu machen. Aber das genügt nicht. Die Verordnung ist so unmöglich, sie schafft so viel Unrecht und gestattet so viel Willkür, daß sie schneidender außer Kraft gesetzt werden muß. Bietet die Reichsregierung nicht von sich aus die Hand dazu, dann muß ihre Aufhebung eben erzwungen werden.

Der Hundertmark-Zwang beim Grenzübertritt hat seit Mittwoch den Reiseverkehr deutscher Staatsangehöriger ins Ausland fast vollständig unterbrochen. Die Proteste des Mitteleuropäischen Reisebüros und anderer großer Reiseinstitutionen, die die Aufhebung dieser Hundertmark-Verordnung erreichen wollten, waren bis jetzt vergeblich. Besonders schwer betroffen ist auch der „Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit“, dessen Bildungsreisen zwar für den Juli bereits reiflos abgefeuert, für den August jedoch nur in Frage gestellt sind. Die Reichsbahn selbst macht geltend, daß die Verschlimmerung der deutschen Wirtschaftslage den meisten sowjetischen die Luft oder die Möglichkeit an der Auslandsommerreise genommen hat. Jedenfalls sind die Auslandsferntage weit unter Durchschnit und fast ausschließlich nur von Ausländern besetzt. Unabsehbar sind auch die Folgen für die Deutsche Luftflotte. Das Berliner Mittwochsmorgen-Flugzeug nach London beförderte einen Flugpassagier, die Barriere und die Zünder hatten je zwei Passagiere, ebenso das Esprefflungsflugzeug nach Wien. Mit der Maschine nach den böhmischen Bädern ist kein einziger Passagier geflogen.

Ist das noch Staatspolitik?

Eine Verordnung, die so unmöglich ist wie die über die Beschränkung der Auslandsreisen, die ungeheure wirtschaftliche Nachteile für die deutschen Wirtschaftsunternehmen nach sich zieht, die zweierlei Recht schafft, der Wähler Zorn und Zorn bringt, ohne daß auch nur ein Teil der erstrebten Wirkung erzielt wird, muß verschwinden. Auf Herr Dietrich, legen sie Hand an, verzichten sie selbst auf ihr Kind, ehe sie zum Verzicht gezwungen werden!

Züge werden eingestellt.

München, 23. Juli. (Eß). Ab heute werden die D-Züge 128 und 129 der Strecke München-Ruffeln-Meran bis auf weiteres eingestellt. Die Reichsbahndirektion ist der Auffassung, daß infolge des starken Abganges des Reiseverkehrs durch die Ausreisegeldbeschränkung eine Aufrechterhaltung beider Züge nicht mehr erforderlich und vor allem nicht mehr lohnend ist.

„Kein Zusammenbruch der Wirtschaftspartei.“

Von der Reichsgeschäftsstelle der Wirtschaftspartei werden wir um Veröffentlichung folgender Mitteilung ersucht:

„In Ihrer Ausgabe vom 13. er. veröffentlichte Sie unter dem Titel „Zusammenbruch der Wirtschaftspartei“ eine Mitteilung über den angeblichen Austritt des Wahlkreises Helsen-Raffau aus der Wirtschaftspartei und über die angebliche Solidaritätserklärung der sächsischen Wahlkreise. Wir erlauben Sie unter Hinweis auf den § 11 des Reichspressegesetzes und die Aufnahme folgender Berichtigung: 1. Es ist unwahr, daß der Wahlkreis Helsen-Raffau aus der Wirtschaftspartei ausgeschieden ist. 2. Wahr ist dagegen, daß der Austrittsbeschuß von einer Versammlung gefaßt wurde, die sachungsmäßig nicht dazu berechtigt war. 3. Wahr ist ferner, daß in einer sofort abendungs- und sachungsmäßig einberufenen Wahlkreisversammlung dieser Sachverhalt festgestellt wurde, der 2. Helsen-Raffau sich einen neuen Vorsitzenden wählte und sich hinter die Parteileitung stellte. 4. Es ist unwahr, daß die sächsischen Wahlkreise sich der sog. Opposition des aus der Partei ausgeschiedenen Abg. von Detten angeschlossen haben. 5. Wahr ist dagegen, daß die sächsischen Wahlkreise nach wie vor hinter der Partei stehen.“

Da diese „Berichtigung“ nicht eher eine Bestätigung unserer Mitteilung ist, überlassen wir dem Urteil unserer Leser. Soweit sie mitteilen kann, daß es bei der Wirtschaftspartei drunter und drüber geht und daß der Baden des Herrn Drewhig kaum noch etwas anderes ist als ein Trümmerteufel.

Soziales aus Hinterpommern.

Die nationale Gemeindevorsteher mit Arbeitern umpingen. Ein feiner Mann ist der Gemeindevorsteher Strömmer in Schmarzdammermo in Hinterpommern. Am 2. Februar dieses Jahres wurde der Kandidat D. Sch. aus der Arbeitslosenverwaltung ausgewählt. Seine Familie besteht aus 5 Köpfen; darunter sind 3 Kinder unter 15 Jahren. Er wandte sich an den Gemeindevorsteher um Ausweiskartenunterstützung. Er erhielt aber weder Unterstützung noch Nachricht. Aus Gnade und Barmherzigkeit wurde der Arbeiter dann von mitleidigen Seelen vom 27. April bis 2. Mai beschäftigt. Seitdem hat er wieder weder Arbeit noch Unterstützung. Das Arbeitslosengeld ist fast vollständig für den Anteil eine Unterstützung von 30 Mk. Der Gemeindevorsteher aber erklärt dem Arbeiter, als dieser um Ausweiskarten der Unterstützung bat, er solle sich das Geld bei den Bauern im Dorfe aufammenbeten.

Daß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind! So löst man in Hinterpommern die soziale Frage. Die Ausweiskartenbehörden sollten sich schämen die hinterpommerschen Menschenfreund einmal vorzuführen.

Ausbreitungen in Spanien.

Madrid, 23. Juli. (Eß). In Barcelona wurden durch ein Bombenattentat von fünfzigstündiger Seite mehrere Telefonstellen mit 1500 Anschlüssen zerstört. Die Zerstörungen sind unerwartet gekommen. In Sevilla kam es am Mittwoch zu einem neuen Verbrechen überall fünfzigstündiger Arbeiter von den Dächern auf die Verleumdung und die bemannete Macht. Ein Mädchen wurde getötet. Viele Personen wurden verundet. Anschlag wurden 300 Personen verhaftet. In Coria del Rio verhinderte die Zollgarde einen Sturm auf das Telefongebäude. Drei Personen wurden getötet, zahlreiche schwer verletzt. In Dos Hermanas wurden etwa 20 Personen in Cerro de San Pedro 15 Personen verundet. In Utrera wurden ein deutscher Kommunist verhaftet. In Madrid wurden zahlreiche fünfzigstündiger Führer verhaftet. In Gijón und Corboja ist für heute ebenfalls der Generalkrieg zu befürchten. Die Telefongesellschaft hat inzwischen ein Ultimatum erlassen und ihr Personal zur sofortigen Wiedereinnahme der Arbeit aufgefordert. Wer dieser Aufforderung nicht nachkommt, wird entlassen.

Die Regierung ist damit beschäftigt, ein Republikanengesetz gegen Verbrechen von fünfzigstündiger Seite zu erlassen.

Verhandlungspause in London.



Die Minister auf der Treppe des Auswärtigen Amtes.

Erste Reihe von links nach rechts: Der amerikanische Schatzminister Mellon, der französische Ministerpräsident Laval, der englische Premier MacDonald, der amerikanische Außenminister Stimson, der englische Außenminister Henderson.

In der zweiten Reihe: Der französische Außenminister Briand, Reichstanzler Dr. Brüning, der italienische Außenminister Grandi.

Ein neuer Sowjetvolkskommissar für die Kommunalwirtschaft.



Komarov

wurde zum Leiter des neugegründeten Volkskommissariats für die Bewirtschaftung der Wirtschaft der Kommunen ernannt. Komarov war bisher in der Verwaltung von Leningrad tätig.

Frankreichs Isolierung.

Der Streich mit dem „Abrüstungs“-Memorandum.

London, 23. Juli. (Eß). Die französische Erklärung über die Abrüstung hat in England enttäuscht und erbittert. Der „Daily Herald“ schreibt dazu in einem Artikel: „Der Moment für die Veröffentlichung ist unglücklich. Das Dokument selbst ist noch unglücklicher, denn diese Ehele des Herrn Maginot würde, wenn sie überall angenommen würde, das Ende der Hoffnungen für jede wirtschaftliche Abrüstung im nächsten Jahre bedeuten. Maginots Argument ist, daß Frankreich, um sicher zu sein, stärker sein müsse als seine Nachbarn. Wenn das wahr ist, dann ist es ebenso wahr, daß seine Nachbarn, um sicher zu sein, mindestens stärker sein müssen als Frankreich. Wenn jedes Land mit diesem Vorbehalt nach Genf zur Abrüstungskonferenz“.

Auch die Amerikaner sind entsetzt.

London, 23. Juli. (Eß). In Kreisen der amerikanischen Konferenzdelegation hat im übrigen die französische Abrüstungsdeklaration in der Wölterwind wie eine Bombe gewirkt, zumal man sich darüber klar geworden ist, daß die Denkschrift schon lange vorbereitet war und in Genf vorlag, aber erst zu diesem Zeitpunkt der Londoner Verhandlungen der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Offiziell ist den Londoner Delegierten die Denkschrift nicht zur Verfügung gegeben worden, da die französische Regierung ausdrücklich ihre Bestimmung der Londoner Konferenz mit politischen Problemen abgelehnt hatte.

Durchführung eines Rentnerversorgungsgesetzes nicht möglich.

Berlin, 22. Juli. (Eß). Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Erklärung über ihre Antriebe auf Entschleunigungen abgegeben, die der Reichstag angenommen hatte. Es ergibt sich aus den Antworten, daß die Reichsregierung wiederum die Möglichkeit eines Rentnerversorgungsgesetzes geprüft hat. Sie sei bereit zum Ergebnis gekommen, daß ein solches Gesetz, das den Rentnern einermäßigen ausreichende Bezüge gewährleisten, die sie von der Inanspruchnahme der Fürsorge befreien, dem Reich jährlich mindestens 200-300 Millionen Reichsmark Kosten aufbürden würde. Bei der Finanzlage des Reiches ist daher die Durchführung eines Rentnerversorgungsgesetzes nicht möglich. Auch dem weiteren Erhalten, über die im November 1930-31 hemisphären Mittel hinaus Beträge für die Rentner bereitzustellen, habe nicht in Aussicht genommen werden können.

Die Reichsregierung ist am Mittwochabend um 9 Uhr zu einer Kabinettsitzung zusammengetreten. Beraten wird u. a. eine neue Ministerordnung zur Auflockerung der Banntage.

Die Olympiade in Wien.

Wien, 22. Juli. (Eig. Draht). Die Zweite Arbeiter-Olympiade nimmt am Donnerstag mit den offiziellen Wettkämpfen ihren sportlichen Anfang. Der erste Großkampf bringt bereits eine Fülle vielversprechender Ereignisse und zwar besonders in der leichten Athletik, wo sich die Finnen im Kampf mit den Deutschen viel vorgenommen haben.

Am Mittwoch nachmittag begann das Internationale Schachturnier. Es fanden ferner Trainingskämpfe der Leichtathleten, kleinere Rad- und Motorradfahren, Fußballspiele uhm. statt. Abends wurden in den Bezirken Schachbanderelle und Sportlerzüge für die Olympiade.

Professoren-Stampfstein.

Kann man sich da über die Schüler wundern?

Was für ein „Geist“ auf Deutschlands hohen Schulen herrscht, zeigt uns Professor Dr. Schreiber von der *Adhärenz Hochschule*. Er schreibt in der Zeitschrift „Lehrzeit und Kultur“, daß der Mustelarbeiter von sich aus für die Kultur so gut wie nichts geleistet habe. Nur die fördernde Geistesarbeit habe die Besserung der Lebenshaltung des Volkes ermöglicht, während die Mustelarbeiter an dieser Besserung keinen Teil hätten. Der Lohn müsse daher so verteilt werden, daß der Mustelarbeiter nur gerade leben könne. „Der Mustelarbeiter hat aufgrund seiner Mustelarbeit nur Anspruch auf eine Lebenshaltung, wie sie die ersten Menschen auf der Welt, also vielmehr die Neanderthal-Menschen besaßen. Das, um was seine jetzige Lebenslage besser ist, verdankt er ausschließlich der Gutmütigkeit der Geistesarbeiter, die ihm vom Ertrag ihrer Geistesarbeit freiwillig abgeben.“

Was soll aus der Jugend, die solchen verdrörenden Gelehrten ausgeliefert ist, anderes werden als Hülfenarr. Was versteht so ein Dummkopf von dem tiefen Sinn des Wortes deutscher Philosophen über die Gleichheit alles dessen, was Menschenantheit trägt? Für ihn ist der Handarbeiter eine Art Gorilla. Man ist verurteilt so sagen: „Schade, daß er nicht recht hat. Aber der deutsche Arbeiter mag sich trösten: vom Ertrag der Geistesarbeit dieses professoralen Hinterwäldlers lebt er bestimmt nicht.“

Französischer Generalkonvent von italienischen Studenten niedergestochen.

London, 22. Juli. (Eß). Wie erst jetzt bekannt wird, wurde der Helvetenredende französische Generalkonvent in London am Dienstag in seinem Büro von einem italienischen Studenten, dem er angeblich eine nachgehende Unterstützung zur Rückfahrt nach Frankreich abgelehnt hatte, mit einem Faustmesser angegriffen und nach Kampf erheblich am Hals verletzt. Der Täter wurde der Polizei übergeben.

Erhöhung des Diskontsatzes bei der österreichischen Nationalbank auf 10 Prozent. Mit Rücksicht auf die geplante Lage auf den internationalen Kreditmärkten hat die österreichische Nationalbank beschlossen, den Zinssatz mit Wirksamkeit vom 23. Juli auf 10% zu erhöhen und die Lombardzinsrate dementsprechend auf 10,5 und 11 Prozent heraufzusetzen.

Letzte Nachrichten

(Eigene Zus. und Drahtberichte)

Der Dultre-Prozess.

Paris, 23. Juli. (Eß). Der Generalkonvent hat am Mittwoch in Sachen Dultre von dem Staatsgerichtshof für die Angeklagten Verurteilung und Widal direkte Strafen verurteilt, ohne das Strafmaß selbst anzukündigen, das allein der Verurteilung des Gerichts überlassen bleiben muß. In Bezug auf Benard und Gouze hat die Anklage fallen gelassen, so daß mit ihrem Freispruch zu rechnen ist. Nach dem Generalkonvent haben die Verteidiger Gouze, Benard und Widal plädiert. Am Donnerstag folgt das Plädoyer des Verteidigers Benard. Am Abend ist das Urteil zu erwarten.

Entscheidung der Rieger Domitrie von Parlament abgelehnt.

Riga, 23. Juli. (Eß). In der Nacht zum Donnerstag wurde unter atemloser Spannung und erditterter Rede der Generalkonvent über die Entscheidung der Rieger Domitrie zu Riga im lettischen Parlament in geheimer Abstimmung mit Stimmgleichheit abgelehnt. Das demokratische Zentrum und die Christlich-Nationalen verstanden dergleichen, durch neue Anträge die Entscheidung durchzusetzen, die jetzt zum Volkenscheid gelangt.

WERNIGERODE

Aus dem Verwaltungsbericht der Landes-Feuerzsjektät.

Das Versicherungsjahr 1930 ist in allen Zweigen günstiger verlaufen als das Jahr 1929. In der Feuerversicherung trifft dies allerdings nur in bezug auf die Anzahl der Schäden zu, während die Höhe der Schäden ungefähr die gleiche geblieben ist. Insbesondere sind viele große Schäden vorgekommen. So erforderten 25 Schäden über 40 000 M. allein 1 548 087,70 M. Entschädigung. Bemerkenswert wurde das Ergebnis durch die ungewöhnlichen Witterungsverhältnisse während der Erntezeit, namentlich durch die große Trockenheit im Monat Juni. Der Versicherungszugang in der Feuerversicherung umfaßt 11 328 Neubetriebe, die Versicherungssumme erhöhte sich um 183 919 670 M. Brandschäden haben stattgefunden 4517 und erforderten eine Entschädigung von 5 036 219,66 M. Durch Feuer zerstört wurden 698, teilweise beschädigt 1498 Gebäude. Von den Schadenursachen sind hervorzuheben: 422 Blitzschläge, 109 Kinderanzündungen, 246 Brände in landwirtschaftlichen Geschäftsbetrieben, 24 Brände in großgewerblichen Betrieben, 465 Brände durch elektrische Anlagen, 288 erwiehene und mutmaßliche Brandstiftungen. Zur Förderung der Feuerzsjektät, des Feuerzsjektätswesens und für sonstige gemeinnützige Zwecke sind im Jahre 1930 im ganzen 580 839,55 M. verausgabt worden. Insbesondere hat die Ausrichtung der Wehren in den einzelnen Gemeinden mit Motorpumpen weitere Fortschritte gemacht.

Die Einbruchdiebstahlversicherung hat auch im Jahre 1930 ein günstiges Ergebnis erzielt. Die Versicherungssumme liegt auf 198 619 199 M. 277 Schäden erforderten 55 921,34 M. Für die Registrierung von Schiffschäden mußte die Seegesetz 912 749,72 M. anwenden. Die Hagelversicherung entwickelte sich weiterhin günstig. Ende 1930 bestanden 11 098 Versicherungen mit 95 877 455 M. Versicherungssumme. Der Schadenverlauf für Hageljahrgang war 1930 im allgemeinen günstig. Insgesamt wurden 734 Schäden mit 447 791 M. reguliert. Die Erhebung eines Nachschußes bei den nachschußpflichtigen Versicherungen war nicht erforderlich.

Volkschule und Arbeiterschaft.

Die noch immer unfruchtliche Frage des Verhältnisses der Arbeiterschaft zu den Abendvolkschulen wird in der Juli-Nummer der „Sozialistischen Bildung“ in einem Artikel von S. Adams „Volkschule und sozialistische Bildungsarbeit“ eingehend erörterung unterzogen. Er schildert den Verlauf der vor kurzem in Bad Grund stattgefundenen Tagung für Arbeiterbildung und teilt die Beschlüsse mit, die die verarmten sozialistischen Volkschulmeister und Arbeiterschüler zur Frage der Volkschulen angenommen haben. — Weiteres wichtiges Material für die sozialistische Bildungsarbeit enthält der Aufsatz von S. Heißel, „Neue Formen proletarischer Fortbildung“, in dem eingehend über die vom Rosa Luxemburg abgeleitete Arbeitsschule in Leipzig berichtet wird. — Am Hinblick auf den Internationalen Kongress in Wien ist der Aufsatz von S. Friedländer, „Zehn Jahre Sozialistische Studenteninternational“, von allgemeinem Interesse. — Die Vortragsabspolung von S. Oberl, „Der Reichstagskongress vom Winter“ bringt Material für die diesjährige Verfassungskonferenz, die bekanntlich im Zeichen Steins abgehalten werden soll. Auch die Beilage „Büchermärkte“ bringt hierzu einschlägiges Material.

Aus der Beilage „Sozialistische Erziehung“ sei vor allem auf den Aufsatz von W. S. Ostrowski, „Kameradschaft und sozialistische Besatzungsarbeit des Kindes“ hingewiesen, in dem viel interessantes Material verarbeitet ist.

Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Büchermärkte“ und „Sozialistische Er-

Metallarbeiter, geht zur Wahl!

Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wählen am Sonntag, den 26. Juli 1931 in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in den von ihnen durch ihre Ortsverwaltung bekannt gegebenen Wahlstellen die Abgeordneten zum Gewerkschaftskongress, der am 31. August d. Js. in Frankfurt a. M. beginnt. Sämtliche Verwaltungen des Bezirks Halle bilden außer Magdeburg, welches eine selbständige Wahlabteilung darstellt, und bereits in einer Generalversammlung den Abgeordneten gewählt hat, und wo deshalb keine Urwahl mehr stattfindet, einen Wahlbezirk, wo drei Abgeordnete zu wählen sind. Im Vorfeld sind gedruckt:

- Borchers, Jerbit,
- Donath, Dehau,
- Harung, Schönebeck,
- König, Halle a. S.,
- Lehlin, Bitterfeld,
- Mittermüller, Eisenburg,
- Röhrer, Halle a. S.,
- Steuer, Alstedt.

Alle Kandidaten-Vorschläge gehören bis auf König-Halle, der Amsterdamer Richtung an. König war es nur möglich, mit Hilfe der Kommunisten aller Schattierungen, Landwirten und Sozialisten mit Mühe und Not eine Kandidatur zu erheben.

Die Funktionäre des Bezirks Halle tennen König aus feiner praktischer Tätigkeit, er ist Gefäßstichführer, als auch Vorgesetzter, alles andere als mit fruchtbringend zu nennen ist, er erfuhr in Halle die Einheitsfront der Metallarbeiter herzustellen. Alle drei kommunistischen Richtungen werden sich im gemeinsamen Bezirk, obwohl sie sich sonst aufs heftigste bekämpfen, auf den Namen König einmünden, um so wenigstens den Versuch zu unternehmen, einen Abgeordneten durchzuführen.

Die Wahlkarte ist zum Preise von 1.50 Mark für ein Vierteljahr durch die Post oder den Verlag S. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pfennig. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gegen Vorzahlung.

— **Aufs- und Motorradziehe ermittelt.** Am der Nacht zum 10. Juli wurde einem hiesigen Bürger auf dem Schützenplatz in Halberstadt ein dort untergelegtes Motorrad gestohlen. Die Täter konnten jetzt ermittelt werden. Es handelt sich um die Arbeiter B. und P., beide hier wohnhaft. Die Genannten sind in der fraglichen Nacht durch den Harz nach Schöppe gefahren, wo ihnen der Betriebsstoff ausging. Sie ließen das Motorrad in Schöppe stehen und gingen zu Fuß nach hier zurück, nachdem sie in einer Zimmerschänke bei Schöppe übernachtet hatten. — Am der Nacht zum 20. Juli wurde einem Anwohner der Schützenstraße ein Personenwagen, der vor seinem Hause zu einem bringenden Zweck stand, gestohlen. Die Täter, zwei Personen von hier, und zwar der Mühlengasse F. und der Arbeiter E. konnten jetzt der Tat überführt werden. Die Genannten sind in der fraglichen Nacht mit dem Kraftwagen, der sogar gestohlen war, zum Schützenplatz nach Blankenburg gefahren. Auf der Rückfahrt bemerke, sie die für Kraftfahrzeuge verbotene Straße am Westufer zur Burg, fuhren in der Windmühle gegen einen Baum und ließen den Wagen beschädigt herumrollen. Beide Kraftfahrzeuge konnten ihren Besitzern wieder zugeführt werden. Die Täter, von denen einer in Fürstenerziehung kommt, haben sich demnach wegen Diebstahls und Sachbeschädigung zu verantworten.

— **Die Aufführungen der Waldspiele.** Am Hinblick darauf, daß die Vorstellungen auf der Waldbühne in voriger Woche durch das

Deswegen ergibt an alle Kollegen der Amsterdamer Richtung das dringende Ersuchen, reiflich zur Wahl zu gehen, weil bei einer schwachen Wahlbeteiligung unserer Richtung, da sich unsere Stimmen auf 7 Kandidaten verteilen, die Gewerkschaftsgewerkschaften, König durchzubekommen. Die drei Kollegen, die die höchste Stimmenzahl erhalten, gelten als gewählt, die drei folgenden mit den nächst höchsten Stimmenzahlen gelten als Ersatzleute. Weil die Fraktion der Amsterdamer Richtung glaubt ihrer Sache genug zu sein, und sich auf ihre Anhänger glaubt verlassen zu können, ist dieses Mal keine Karte herausgegeben worden, auf der man sich die Stimmen konzentrieren sollen. Die Kollegen der Amsterdamer Richtung sollen vollständig frei entscheiden über unsere Kandidaten, aber um so notwendiger ist es, daß sich deshalb alle reiflich an der Wahl beteiligen, damit trotz der in Erwägung tretenden Stimmenverteilung auf 7 Kandidaten derjenige von uns, der die geringste Stimmenzahl erhält, immer noch bedeutend mehr hat, als wie der Kandidat der kommunistischen Richtung.

Denn es gilt nicht nur allein zu verhindern, daß er als Abgeordneter gewählt wird, sondern auch, daß er noch nicht einmal als Erlaßmann in Frage kommt.

Kollegen und Kollegen! Die Zeiten sind schwer, um so einiger und geschlossener müssen wir zusammenstehen. Jetzt bei der Wahl zum Gewerkschaftskongress, das kommunistische Abgeordnetenreihen haben mehr bei uns haben. Es muß durch geschlossenes Auftreten der Amsterdamer Richtung bei dieser Wahl zum Ausdruck kommen, wie schmerzlich die Zersplitterung als den Metallarbeitern gegenüber muß durch unser einheitliches und geschlossenes Auftreten gezeigt werden, daß sie ihre Hoffnung auf die Zersplitterung der kommunistischen Richtung innerhalb unserer Organisation aufgeben müssen. Also auf zur Wahl!

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder bis auf die Kollegen, die noch keine 13 Wochen Mitglied sind bzw. keine 13 Voll-Beiträge geleistet haben und alle die Mitglieder, die nicht länger als 6 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind. Ohne Mitgliedsbuch kann nicht gewählt werden.

Schützenplatz eingeschränkt werden müssen und die Waldspiele vorläufig überhaupt eingestellt sind, sollen die Aufführungen auf der Waldbühne häufiger stattfinden. Das Programm der nächsten Tage sieht vor: Freitag, den 24. Juli: „Der Pfarrer von Kirchfeld“; Sonnabend, den 25. Juli: „Alt-Hedelberg“; Sonntag, den 26. Juli: „Die verfluchte Glocke“. Die Abendaufführungen der Waldbühne erweisen sich bisher großer Beliebtheit und es ist daher zu hoffen, daß die kommenden Aufführungen gut besucht werden, wie es im Hinblick auf die Notlage des Theaterbetriebes zu wünschen wäre. Man wolle besonders die Sommergäste auf unsere schon gelegene Waldbühne hin, denn die Aufführungen auf einer Naturbühne sind für viele ein selten erreichbares Erlebnis. In der Großstadt wird viel Theater geboten, aber einen besonderen Zauber und Reiz bieten ohne Zweifel solche Aufführungen, wie sie die Waldbühne bringt.

— **Verkehrsunfall.** Am 21. Juli gegen 19 Uhr fuhr ein Motorradfahrer mit einer Radfahrerin an der Ecke Breitenstraße-Bahnhofstraße zusammen, wobei die Radfahrerin eine leichte Kopfverletzung und Hautabplatzungen davontrug. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

— **Freie Sportvereinigungen 1895 (Kinderabteilung).** Am kommenden Sonntag geht die erste und zweite Schülermannschaft nach Blankenburg, um die fälligen Rückspiele auszutragen. Abmarsch nur bei schönem Wetter um 6.30 Uhr ab „Monopol“. Rückkehr gegen 12 Uhr. Genaue Bescheid erfolgt am Freitag um 18 Uhr auf dem Neustädter Anger.

* **Film zur Verfassungskonferenz.** Am Betrieb der „Südwest-M-G“ in Berlin SW. 68, Friedrichstraße 207, ist ein Tonfilm mit dem Titel „Mündiges Volk“ erschienen. Der Bildstreifen ist etwa 474 m lang, von der Filmprüfstelle Berlin unter Nr. 29 445 aus-

Spätlinghof.

Roman v. K. v. d. Eider.

6 Fortsetzung

(Nachdruck verboten.)

„Ad antwortete immer Sa, wenn sie was zu mir doch.“
 „Was 'n Reichthum“ tadelte Schöne. „Nimm dich fast doch bloß in acht. Das sieht man ihr doch schon an den bösen Augen an, daß sie 'ne Hure ist.“
 „Ad — ich dachte —“ lallerte Jan.
 „Wag, du kannst dir das Denken wohl noch immer nicht abgewöhnen. Denken taugt nicht, mein Junge. Run abhiss.“
 „Wähle, welche —“ rief Niels und Lina und die andern.“
 Lange stand Jan und sah der Dornhumpelnden nach. Es war ihm, als müße er sich an die Alle festklammern, als müße er hinter ihr herlaufen. Er ging aber nicht von der Stelle.

„Sa kam von der Straße her.“
 „Wer war das?“ fragte er.
 „Schöne, Seifenfäule.“
 „Schöne!“ rief La laut. „Schöne, hast du nicht was für mich?“
 Die Alle hörte ihn nicht mehr.
 Jan dachte über Schönes Worte nach. „Es wäre doch schön“, dachte er, „wenn man hengen könnte. Wie oft sagte die Mutter früher, wenn wir fragten, ob dieses oder jenes fertig lag: Junge, ich kann dich nicht hengen.“
 Beim Abendbrot fragte Jan unvermittelt: „Tante, kannst du hengen?“
 Die Tante wurde, was selten geschah, dunkelrot im Gesicht; ihre Augen rollten. Sie kämpfte sichtlich mit einem Mutausbruch. Da sagte La laut und rief: „Was ist Jan doch für eine Raddelmühle!“

Die Tante fand nun auch Worte. „Ja, er rappelt sich was zu recht“, sagte sie. „Wenn ich hengen könnte, würde ich mir gleich einen Seel voll Zammengammeln hengen.“
 Dies leuchtete Jan ein. Nein, die Tante war keine Hure.

4. Kapitel.

Zur Frühling hielt seinen Einzug in die Marsch. Die Berden zitterten in der Blüten, und auf den Fernen erschienen die ersten weißrosa Gänseblümchen. In des Rantors Garten standen die Obstbäume in Blütenpracht.

Rantors Fraute fuhr ihr jüngstes Brüdchen in einem braunen Korbwagen mit blauen Gardinen spazieren. Sie fuhr bis Georg Bäders Gartenpforte und wieder zurück bis zum Schulhaus.
 Fräutes hübsches Gesichtchen schaute sehr ernsthaft drein; sie nahm es sehr genau mit der ihr auferlegten Pflicht. Sie schaute nicht rechts, nicht links, nur immer auf die verlassenen blauen Gardinen vor sich. Von Zeit zu Zeit lästete sie die Vorhänge ein wenig und legte hinein, ihre Blide wurden zerküßt, wenn sie das zarte Köpfchen und das gelbte Gesichtchen betrachtete.

An Georg Bäders weißem Garten stand eine kleine, schmachtige Knabe in zerrissener Jacke. Seine Augen verfolgten fehsichtig den Wagen.

Es war Jan Thomen von Spätlinghof. Seit dem ersten Tag, da Fraute ihm in der Schule freundlich zugewandt hatte, verehrte und bewunderte er sie. Wahnses Mal an jenem Tag hatte sie ihn durch einen freundlichen Blick aufgenommen. Trotzdem wagte es Jan nicht, sie anzureden, so oft er es sich auch vorgenommen hatte. Sie sah immer so rosig und lauter aus und trug das helle Köpfchen so hoch, daß ihm der Unterschied zwischen ihr und sich selbst nur noch deutlicher erschien. Sollte er aber gerade Mut gefaßt und eine passende Phrase gefunden, dann fand sie entweder von ihren Freunden umgeben, oder sie lag im nächsten Augenblick über den großen Spielplatz, daß das blonde Kraushaar flatterte.

Drimal war Fraute schon mit ihrem Korbwagen an ihm vorbeigefahren. Jedes Mal hatte sie an Georg Bäders Gartenpforte stillgestanden und mit ehrwürdigem Korbhumpelgeschicht an den blauen Gardinen gestelzt. Jedes Mal hatte Jan sprechen wollen und immer war ihm die Kehle wie zugeschnitten gewesen. Jetzt hielt sie am Schulhaus, jetzt ging sie hinein, nein, sie kam noch einmal zurück. Sans Berg klopfte. Freundlich verumbredet blidte sie ihn an, als wolle sie sagen: „Was heißt du da immer auf einem Platz?“

„Na, Jan“, legte sie lächelnd.

„Jan trat einen Schritt vor.“ „Darf ich dir mal 'n hübschen sehn?“ bat er. Er sprach hochdeutsch, und seine Stimme jiltete.

In Fräutes Herz kimpfte das Mittelbild mit dem Pflichtgefühl. „Keine Kinder darf man nicht so viel befehlen“, sagte sie allzug, „dann werden sie nicht groß. Aber einen Augenblick kannst du mal 'reingucken.“ Sie ließ die Gardinen eine Handbreit auseinander, und Jan blidte hindurch.

Mit glänzenden Augen sah er dann auf. „Ach, wie ist sie schön!“

„Das ist doch ein Bruder“, betehrte Fraute.
 „Jan wurde rot. „Ich möchte auch gern 'nen kleinen Bruder haben, aber noch lieber 'ne Schmele.“

„Dann mußst du den lieben Gott bitten“, sagte Fraute, „der sagt dann dem Storch Bescheid.“

Es fiel Jan schwer auf die Seele, daß er, seitdem er auf Spätlinghof war, das Bett unterlassen hatte. Früher hatte die Mutter abends mit ihm geteilt, ehe sie ihnen den Gutenachtglock gab. Wie wohl war ihm dann immer ums Herz gewesen, wie sorglos war er eingeschlafen im Vertrauen auf Gottes Schutz.

Von diesem Tage an betete Jan wieder an jedem Abend vor dem Schlafengehen mit Inbrunst sein Vaterunser; aber er betete leise, damit La es nicht hörte.

Seitdem traf er Fraute öfters, wenn sie ihr Brüdchen spazieren fuhr.
 „Sag mir ich doch mal 'n hübschen fahren“, bat er einmal.

Fraute ließ ihn gewähren. „Aber nicht untfippen“, warnte sie. Jan fuhr ganz leise, ganz vorsichtig über das hüpfende Pfäffchen. Er ging auf den Hehen dabei und hielt den Atem an. Als der Kleine sich bald aufrichtete und ihn mit seinen blanken Augenlein neugierig ansah, war Jan glückselig.

„Er mag das gern haben, wenn ich ihn fuhr“, er kennt mich all“, flüsterte er Fraute zu.

Als er nach Haus kam, fand La an der Ecke.
 Du bist wohl Kinnerbeeren beim Kantor geworden?“ höhnte er.

„Jan antwortete nicht. Er ließ davon und tat, als hört er es nicht. Er war in seinem Herzen viel zu froh und glücklich, um dem Bruder böse zu sein.“

Es vergingen aber noch mehrere Tage, ehe er es wieder wagte, sich an Fräutes Korbwagen setzen zu lassen.
 Fraute nidte ihm schon von weitem zu wie einem guten alten Bekannten.

„So“, sagte sie, und diesmal klang ihre Stimme ein bißchen energischer, „jetzt fuhr du ihn mal ein bißchen, und dann siehst du, wie das ausfällt.“
 „Ich will dir den Ellbogen zunähen, Knädel und Zwerchen habe ich mitgebracht.“
 „Hilf mir, hilf mir, hilf mir, und bald ist es auf der Zirkelmeile des Rantorshauses und nähte eifrig, während Jan den Wagen fuhr.“
 (Fortsetzung folgt.)

zur Vorführung vor Augenblicken, für das Gebiet des ganzen Deutschen Reiches zugewiesen und von der Reichsleitung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht für vollstehend erklärt worden. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, wird der Preussische Minister des Innern in einem Rundschreiben darauf hin, daß der bezeichnete Film zur Vorführung am 9., 10. und 11. August aus Anlass und zu Ehren der Feier des Verfassungstages geeignet ist. Das gleiche gilt auch in diesem Jahr für den kommenden Film „Verfassungstag“, auf den in einem Rundschreiben vom 31. Juli 1930 hingewiesen wurde.

Die Auswanderer in der Notverordnung. Die Reichsregierung hat die Auswanderer, die ohnedies mit vielen Sorgen und Unforten belastet sind, erteilenderweise von der Zahlung der Ausreisegebühr von 100 Mark befreit. Die Befreiung erfolgt durch die deutsche Botschaft (Polizeibehörde), also nicht durch die Grenzstelle, auf Grund der Befreiung einer größeren Auswanderervereinigung. Diese Befreiung wird — im Berechtigungsgebiet dieser Zeitung — von der Gemeinnützigen öffentlichen Auswanderervereinigung (Vereinigung für Deutsche Siedlung und Wanderung), Berlin W. 9, Ebertstraße 15, II, ausgeübt. Selbstverständlich muß jeder, der die Freistellung beantragt, durch Vorlage von Papieren wie polizeiliche Ermüdung, Einreisebescheinigung des Einwanderungsamtes, Schriftwechsel über Aufnahme im Zielland usw. glaubhaft nachweisen, daß er wirklich Auswanderer und nicht nur Reisender ist.

Die Gefahren der Mephe. Die Unugend, Blumen, Blätter oder Getreidekörnern in den Mund zu nehmen, ist leider sehr verbreitet. Wesen Gefährten man sich durch solches gedankenlos tun ausliehen kann, möge aus folgendem Text hervorgehen. Ein Spaliergärtner erzählt sich am Rande eines Betriebsbesuches: „Früher eine Mephe, die durch den Mund und wirft sie schließlich wieder weg. Ein paar Wochen später — der an sich geringfügige Vorfall ist längst vergessen — tritt am Unterleib ein hartes Gefühlsgefühl auf, bleibt trotz aller Umschläge hart, ja es vergrößert sich zusehends und erteilt sich schließlich auf Brust und Hals. Nun eilt der Kranke zum Arzt. Diagnose: Mithinmole. Höchst schwieriger Fall. An der harmlosen Mephe lag ein Mithinmole oder Strahlenspiß, der durch einen hohen Zahn in den Körper drang. Am ganzen Körper schienen sich Spitzchen des Parasiten (Schilb) zu bilden, die durch die Schmalzrinne der Brust den Körper verortet, geteilt. Viele Menschen aber mühen ihren Selbstsinn mit dem Tod bis an.“

Gärtnerisches Ausbildungsstellen. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, werden durch einen Rundschreiben des preussischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die mit Erlass vom 24. April 1922 veröffentlichten Bestimmungen über Gärtnerprüfungen in einigen Punkten abgeändert. So erhalten jetzt die auf Grund dieser Bestimmungen geprüften Obergärtner die Berechtigung, die Berufsbezeichnung „Geprüfter Gärtnermeister“ zu führen. Die Prüfung besteht in Zukunft „Gartenmeister-Prüfung“. Ferner wird bestimmt, daß Bewerber, die über das Zeugnis der mittleren Stufe verfügen, nach abschließender gärtnerischer Tätigkeit zur Prüfung zugelassen werden können. Der Prüfungsausschuss wird von dem Vorstand der Landwirtschaftskammer auf Verlangen ihres Gartenbauausschusses eingesetzt und besteht aus vier Vertretern des Gartenbauamtes, die möglichst in verschiedenen Sondergebieten tätig sind, darunter mindestens zwei Angehörige oder Beamte in leitender Stellung (Betriebsleiter), einem Vertreter des gärtnerischen Berufsstandes und dem Geschäftsführer des Gartenbauausschusses der Landwirtschaftskammer. Die Bewerber müssen die sich der vorgeschriebenen Prüfung nicht mehr unterziehen können, die über zum Zeitpunkt der Prüfung erfolgreich tätig gewesen sind, für die Übertragung eine gewisse Erleichterung zu verfahren, erklärt sich der Landwirtschaftsausschuss damit einverstanden, daß für diese eine erleichterte Gartenmeisterprüfung eingeführt wird. Um von vornherein Mißverständnisse auszuschließen, macht der Landwirtschaftsminister ausdrücklich darauf aufmerksam, daß für die Einführung der Berufsbezeichnung „Gartenmeister“ lediglich der Befehlspunkt einer idealen Förderung freierkämter und tüchtiger Gärtner maßgebend sind.

Ueber die Stellung von Ausländern durch die deutschen Auslandsbehörden (Grenzpolizei). Die Auslandsbehörden sind verpflichtet, bei den Interessentenfragen nach rechtlicher Angelegenheiten. Diese Stellen werden häufig für Ausländer über die Möglichkeiten der Einwanderung in das betreffende Land, über Erlangung von Anstellung, Lohn- und Lebenshaltung, Auslichten für Spezialarbeiten usw. direkt in Anspruch genommen. Dieser Weg bedeutet neben der ungenügenden Geldausgabe einen oft monatelangen Zeitverlust, da die Auslandsbehörden die Erledigung derartiger Anfragen Privatier nicht vornehmen, sie daher nicht direkt beantragen, sondern auf dem Dienstwege den für den Zweck geeigneten zuständigen Auswanderungsstellen zur Erledigung aufleiten. — Für Mitteldeutschland kommt für alle oben genannten Anfragen die „Amtlich anerkannte gemeinnützige öffentliche Mitteldeutsche Auswanderungsveranstaltung“ — Leipzig R. 22, Friedrich-Warthastraße 22, in Betracht. Sie ist auf Grund eines sorgfältig zusammengestellten amtlichen und privaten Materials eines am besten organisierten Nachfragedienstes in der Lage, alle gewünschte Auskunft zu geben oder zu beschaffen.

Mer an einer mit Anfechtungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet und dies nicht über den Umständen nach annehmen muß, hat die Pflicht, sich von einem in Deutschland approbierten Arzt behandeln zu lassen. Eltern, Vormünder und sonstige Erziehungsberechtigte sind verpflichtet, für die ärztliche Behandlung ihrer geschlechtskranken Angehörigen zu sorgen. Die Behandlung von Geschlechtskrankheiten und allgemein von Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane ist nur den für Deutschland approbierten Ärzten gestattet. Verboten ist, solche Krankheiten anders als auf Grund eigener Wahrnehmungen zu behandeln (Fernbehandlung) oder in Vorträgen, Schriften, Abbildungen oder Darstellungen nachlässig für die Geschlechtsbehandlung zu erklären. Wer dem zumwiderhandelt, wird mit einer Geldstrafe bis zu einem Jahre bestraft. Personen, die dringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein und die Krankheit weiter zu verbreiten, kann die zuständige Gesundheitsbehörde anordnen, ein ärztliches Gutachten über ihren Gesundheitszustand vorzulegen oder sich der Untersuchung durch einen Arzt zu unterziehen. Personen, die ungewissheit geschlechtskrank und außerdem verdächtig sind, die Geschlechtskrankheit weiter zu verbreiten, können zwangsweise einem Spitalverfahren unterworfen werden. Sie können auch in ein Krankenhaus gebracht werden, wenn dies zur Bekämpfung der Ausbreitung der Krankheit erforderlich erscheint (§§ 2, 7 und 4 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten). Anzeigen, nach welchen jemand geschlechtskrank ist, dürfen nur dann beachtet werden, wenn die Urheber der Anzeigen erkennbar sind.

Aus Halberstadt

Eine Zwilling-Dahlie. Eine recht sonderbare Blütenbildung ist bei einer Dahlie, die uns Frau H. n. g., Liebertshäuserstraße, vorzeigte, festzustellen. Zwei Dahlien haben sich hier an einem Stengel, der nur eine Blüte trug, in Form einer Doppelblüte entwickelt. Bei der mittleren Blütenblätter aneinander, dann konnte man die beiden zusammengehörigen Blüten erkennen. Sonst aber stellen beide Blüten in Form und Farbe eine Einheit dar. Solche Zwillingbildung wird bei Dahlien nicht häufig festgestellt; hingegen sind Blütenbildung schon öfter vorgekommen.

Die Ernte hat begonnen.

Bestern wurde im Harzgebiet mit der Getreideernte begonnen. Es wurden zunächst die Roggenfelder in Angriff genommen. Man hofft, daß man die Erntearbeiten bei günstigen Wetterbedingungen rasch, denn es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß das gute Wetter, das gestern und heute zu verzeichnen war, für eine längere Zeit andauern wird. Gegenüber mancherlei unrichtigen Behauptungen über eine schlechte Ernte sei heute nur festzustellen, daß die Ernte gut ausfallen wird. Täglich können wir nun



die Mähmaschinen bei der Arbeit

beobachten. Leider hat der Regen das Getreide niedergedrückt, so daß das Mähen erheblich schwieriger sein wird als es sonst der Fall ist. Aus verschiedenen Gründen muß man wünschen, daß wir jetzt vorläufig gute Wetter haben, damit die Frucht gut eingebracht werden kann und die noch nicht überall durch Maschinen erlesenen



Gartensbinderinnen

und ihre Kollegen und Kolleginnen bei gutem Wetter arbeiten können. Daß die Arbeit auf dem Felde sehr schwer ist, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Ueber den Stand der übrigen Feldfrüchte wird gleichfalls nicht ungünstig berichtet. Die Kartoffeln stehen sehr gut, nur müßte jetzt kein Regen mehr kommen.

Solmarck und Gemeindefinanzen. Wie der Reichsstatistikdienst ermittelt hat, zeigen die Einnahmen aus den Sorten Heiner und mittlerer Größe in den letzten Jahren stark sinkende Tendenz. Während in preussischen Städten mit bis zu 25 000 Einnahmehäusern im Wirtschaftsjahr 1927 die Einnahmen die Ausgaben noch um 60 Proz. überlegen, erreichten sie im Wirtschaftsjahr 1930 die Ausgaben nicht mehr. Die Krise am Solmarck hat dazu geführt, daß in zahlreichen Fällen die städtische Fortwirthschaft keine Ueberchüsse mehr abwirft, sondern Zuschüsse erfordert. Am Wirtschaftsjahr 1930 weisen nur 38 Proz. der erfassten maßgebenden Städte die übliche Überschüsse im Fortschritt auf. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß sich die finanziellen Schwierigkeiten der Städte immer mehr vergrößern, zumal Ausgleichsmöglichkeiten infolge der Reallosterhebung nicht mehr bestehen. Eine weitere Verschärfung der Lage ist mit Sicherheit für das laufende Wirtschaftsjahr zu erwarten.

Die Diebstähle bei der Güterabfertigung. Von Beamten des Bahndienstes der Reichsbahndirektion Magdeburg wurden, wie wir schon kurz meldeten, bei der Güterüberführung große Diebstähle, die schon seit Jahren bis in die neueste Zeit ausgeübt wurden, aufgedeckt. Geflohen wurde alles mögliche. Für jeden Artikel hatten die Täter Berechnung. Das bisher ungeschätzte Verschwinden von Leghämern, konservierten Wärschen, Schokolade, Tabak, Zigaretten, Ledertaschen, Parfüm, Seife usw. hat durch die Festnahme von acht Güterbodenarbeitern, die zum Teil schon lange Jahre in Eisenbahndienstleistungen standen, seine Klärung gefunden. Als Haupttäter wurde der Güterbodenarbeiter Schm. aus Halberstadt gestellt und dem Gerichtsverfahren in Halberstadt zugewandt. Ein Teil der ermittelten Güter konnte bei den einzelnen Tätern resp. in deren Vermögenswerten und Bekleidungsgegenständen von den Bahndienstbeamten noch gefunden und beschlagnahmt werden.

Schwerer Absturz eines Segelfliegers.



Otto Juhs.

Der bekannte Segelflieger, der vor wenigen Wochen in seinem Segelflugzeug „Starkenburg“ das Häusermeer von Berlin überflog, erlitt beim Wending auf der Wallerturpe einen schweren Absturz. Sein Flugzeug wurde zertrümmert, er selber erlitt einen Oberextremitätenbruch.

Die Sozialkammerunterprüfung gelangt bis auf weiteres nicht mehr zusammen mit der staatlichen Sozialkammer, sondern geleistet am 10. des kommenden Monats an den Reichskriegern zur Auszahlung. Die Sozialkammer, denen bisher die Besitze nicht am Reichskriegern zugewiesen wurden, erhalten ihre Unterprüfung in der bisherigen Form, jedoch erst am 13. August. Anderen Hilfsbedürftigen werden die laufenden Unterprüfungen zur Hälfte an dem bisherigen Sachverständigen, zur anderen Hälfte am 13. August ausgeführt.

Zusammenfassungen nach Ostfalen. Der Betrieb auf der Luftpostlinie Mandrup-Schanghai ist bis auf weiteres eingestellt. Sendungen nach Ostfalen können deshalb nur zur Aufrechterhaltung des Verkehrs — besondere Aufsicht: „Bar avion au dela de Moscou“ — aufgestellt werden.

Harzer Bergtheater „Grüne Bühne“ Thale. Die nachjährige Wirtung, die von dem Schauspiel „Wilhelm Tell“, das im Vorjahre in der Umgestaltung und Bearbeitung von Erich Rabl auf der „Grünen Bühne“ aufgeführt wurde, ausging, hat in dem diesjährigen Besuch des Büchertums Ausdruck gefunden, diese Aufführung in den gleichen Spielplan wieder aufzunehmen. Bereits am Sonntag, den 26. Juli, nachmittags 4.30 Uhr, findet die erste Aufführung von „Wilhelm Tell“ statt. Die weiteren Aufführungen von „Wilhelm Tell“ werden durch Plakat und Inserate bekannt gegeben.

Befreiung von Bewerbern aus Stellen im Gemeindefinanz. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, ist für den Bereich der Staatsverwaltung bereits durch Rundschreiben vom 12. März 1928 angeordnet worden, daß Bewerbe auf Gesuche von erwerbsfähigen Stellenbewerbern auch bei erforderlich werdenden Klärungen in der Folge priorisiert zu erteilen sind. Durch einen neuen Rundschreiben des Gemeindefinanz- und Gemeindefinanzämtern empfohlen, bei der Befreiung von Bewerbern für die Stellen im Gemeindefinanz und bei Befreiung der Bewerberunterlagen entsprechend zu verfahren.

Keine Vergütungssteuer für Beauftragungen aus Anlaß des Verfassungstages. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, wird in einem gemeinsamen Rundschreiben des Reichsinnens- und Finanzministers in Erinnerung gebracht, daß die vom Reichsrecht durch die Verordnung vom 2. Juli 1929 verordnete Freistellung der Beauftragungen, die am 11. August aus Anlaß und zu Ehren des Verfassungstages unternommen werden, eine dauernde Regelung darstellt, also auch in diesem Jahre gilt. Da in diesem Jahre voraussichtlich bereits am 9. August und 10. August Vorlesern abgehalten werden, erwarten die Minister, daß die Vergütungssteuer erhebenden Gemeinden und Gemeindeverbände auch in den vorerwähnten Fällen aus Billigkeitserwägungen auf die Erhebung der Vergütungssteuer der Vorlesern am 9. und 10. August 1931 verzichten.

Dom Stadttheater. Wenn auch der Zeitpunkt der Wiedereröffnung unseres Stadttheaters noch nicht gekommen ist, so dürfte es doch interessieren, daß mehrere Kräfte aus der vorigen Spielzeit wieder engagiert wurden. Unter ihnen befinden sich der Bühnenbildner Heinrich Ulrich Witten, der Musik-Sans herbert, Kurt Brind, August Hülsen, August Schmade u. Kapellmeister Theo Buchwald. Wir erwarten in diesem Jahre eine neue Souveräne, einen neuen ersten Tenor und eine neue erste Sängerin. Darüber dürfte wohl bald eine Mitteilung an die Öffentlichkeit gelangen.

Spielplan der Halberstädter Lichtspieltheater.

Lichtspieltheater. George Alexander, Hans Moser, Hugo und Hans Schimid in dem fesselnden Actionfilm „Das Geld auf der Straße“. Dazu 2 Tonfilm-Grotesken, köstliche Wochenspaß und Kulturfilm.

Kammer-Lichtspiele. (Donnerstag bis Sonntag). Vorderes Bord, die Erlebnisse einer Sternfahrt mit Alfred Dörs, Paul Richter, Gertrud Ward. Der Klub der Besessenen, ein lustiger Sentations- und Abenteuerfilm mit Richard Landage.

Gewerkschaftliches

Ueber 120 Millionen Mark Unterprüfung

haben die freien Gewerkschaften im Jahre 1930 an ihre Mitglieder gezahlt. Bisherig stand wurde mit diesen Millionen gezahlt! Diese Sparmaßnahmen einfacher Arbeiter, die in der Stunde der Bedrängnis ihren Arbeitskräften zugute kamen, sind ein geradezu ergreifender Ausdruck menschlicher Solidarität.

Mancher Arbeiter hat geglaubt, es geht jetzt auch ohne Gewerkschaften, weil es ein Schlichtungsamt und ein Arbeitsgericht gibt. Die Krise hat gezeigt, daß noch lange nicht wieder die Hilfe der Gewerkschaften im Kampf um den Lohn noch die ihrer Unterprüfung gegen die Not entbehren werden können.

Achtung! Bauarbeiter! Die Baufirma Walter Klinger (vormals Ebert) in Wetzlarhausen weigert sich die vertraglichen Stundenlöhne zu zahlen, es ist deshalb über den Betrieb die Sperre verhängt worden. Alle organisierten Kollegen werden gebeten, den Betrieb zu meiden, alle Solidarität!

Vorstand der Bauergewerkschaft Thale am Harz.

Wo bleibt der Zweite?

Die Parole der Partei: „Wo bleibt der zweite Mann?“ hat überall im Lande eingeschlagen. Überall im Reich werden Sparmaßnahmen in die Parteiorganisation eingeschleppt. Was für die Partei so erfreulich begonnen hat, muß auch für die Parteipresse durchgeföhrt werden. Jeder Leser, der für die „Harzer Volksstimme“ neu gewonnen wird, fähigt die Kampffront gegen feilschichtige Unkultur. Darum laßt den Mannschicht nicht ungenutzt vorbeiziehen. Benutzt den neuen angelegten Bestellschein zum Besten für die

„Harzer Volksstimme“

Sie abtrennen:

Bestellschein.

Ich abonniere die „Harzer Volksstimme“ vom _____ frei Haus

Name: _____

Wohnung: _____

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Ergeht monatlich je einmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2014. Verleger: Halberstädter Zeitung, Hans Meier, O. m. B. H. Verantwortl. für Inhalt u. Wirtschaft Kurt Wolfenbutz, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Redakteur Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 16 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, Restzeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zustellung vorliegende letzte Satz. Für die Annahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2014), Postfach 1000 Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 169

Donnerstag, den 23. Juli 1931

6. Jahrgang

Ergebnis von London.

Die ausländischen Banken garantieren dafür, daß kein Geld mehr aus Deutschland abgezogen wird. — Kurzfristige Kredite werden verlängert. — Französische Milliarden sind nur durch politische Zugeständnisse zu erreichen, welche Deutschland nicht geben kann. — In Vorbereitung ein internationaler Kredit ohne Frankreich an Deutschland. — Internationale Finanz-Sachverständige kommen nach Berlin. — Im Herbst muß eine Revision der Kriegsschulden beraten werden. — Die deutschen Unterhändler sind mit dem Resultat zufrieden, die Amerikaner nicht.

London, 23. Juli. (E3.)

Die Londoner Konferenz ist praktisch bereits zu Ende. Die Mittwoch-Nachmittags-Sitzung der Finanzminister hat mit der einstimmigen Annahme eines Berichts geendet, der heute in einer Schlußsitzung dem Plenum der Sieben-Mächtekonferenz unterbreitet und von ihm gutgeheißen werden wird. Dieser Bericht wird an positiven Maßnahmen zwei Punkte enthalten und zwar

1. Die Bildung eines Stillhaltekomitees aller ausländischen Banken, die in Deutschland kurzfristige Kredite inoffiziell haben und die sich verpflichten sollen, ihre weiteren Zurückziehungen dieser Kredite vorzunehmen.

2. Der internationale Rediskonkredit in Höhe von 100 Millionen Dollar, der am 16. Juli fällig war und bereits einmal bis zum 16. August verlängert wurde, wird abersmals um drei Monate verlängert werden.

Die anfänglich erstrebte langfristige Anleihe wäre nur mit Zustimmung Frankreichs unter politischen Voraussetzungen möglich gewesen.

In den Kreisen der deutschen Delegation ist man mit diesem Ergebnis keineswegs unzufrieden, obwohl man in anglo-amerikanischen Kreisen über diese Zufriedenheit außerordentlich verwundert ist.

Die gefrigen Verhandlungen.

London, 22. Juli. (Eig. Draht.)

In der Mittwoch-Nachmittags-Sitzung der Sieben-Mächte-Konferenz, die bis kurz vor 1 Uhr mittags dauerte, wurde eine grundsätzliche Einigung über die wesentlichen Punkte eines Schriftstückes erzielt, in dem die Ergebnisse der Konferenz festgelegt werden sollen. Auch die Franzosen haben sich, wie auf deutscher Seite unterrichtet wird, durchaus positiv zu den Vorschlägen verhalten. Sie haben im wesentlichen eine Stärkung des deutschen Kredits in der Welt zum Ziel.

An der Einleitung des Schriftstückes heißt es, daß die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität Deutschlands im Interesse der gesamten Welt liegt. Aus diesem Grunde empfehlen die Regierungen den Zentralnotenbanken, ihre kurzfristigen Kredite an Deutschland in langfristige umzuwandeln. Ueber gewisse Einzelheiten, insbesondere über die Modalitäten eines Rediskonkredits verhandelten die Finanzminister nachmittags weiter. Am Donnerstagmorgen findet eine neue Plenarsitzung statt. Man hofft, daß die Konferenz bis Donnerstagabend zu Ende geführt werden kann.

Auf Grund einer deutschen Anregung dürften internationale Finanzkapazitäten von der Konferenz beauftragt werden, unverzüglich an Ort und Stelle, d. h. in Berlin zu prüfen, inwieweit die in London beschlossenen Maßnahmen ausreichen und welche Maßnahmen den Regierungen empfohlen werden müssen.

Die Gewährung eines Rediskonkredits

an Deutschland, die am Mittwochnachmittag von den in London weilenden Finanzministern der verschiedenen Mächte besprochen wurde, ist nicht ganz einfach zu regeln. Frankreich wünscht selbst für einen solchen Kredit Sicherungen wirtschaftlicher u. politischer Art. Wirtschaftliche Sicherungen sind von deutscher Seite in Form der bei der Reichsbank liegenden Wechsel geboten worden.

An politischer Hinsicht hofft man eine Verständigung in den zahlreichen Aussprachen zu erzielen, die gegenwärtig inoffiziell zwischen den Außenministern der hier vertretenen Länder stattfinden. So hatte Curtius am Mittwoch n. a. längere

Unterredungen mit Briand.

An den Kreisen der französischen Delegation wurde hinsichtlich der politischen Beziehungen zwischen Briand und Curtius die Ansicht vertreten — die sich im Übrigen über die Modalitäten zum Schriftstück am Donnerstag in der deutschen Botschaft ein gutes Wort zu bedeuten. Es würde sich dort Gelegenheit bieten, die zwischen Curtius und Briand gepflogenen Besprechungen, die sich auf den Pariser Unterhaltungen aufbauten, fortzuführen. Die Aussprache wurde wahrscheinlich den Weg zu einem neuen Gedanken-austausch ebnen, der dann vielleicht in nicht allzuferner Zukunft die französischen Minister nach Berlin führen würde, so daß die unmittelbaren Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich durchgeführt würden.

In Konferenzkreisen diskutiert man neuerdings auch wieder stark die Möglichkeit der

Gewährung eines Kredites an Deutschland

durch Amerika und England unter Beteiligung von Japan ohne Frankreich. Um einen solchen Kredit zu ermöglichen, müßte sich Frankreich aber verpflichten, seine Gelder mehr aus England zurückzuführen. Wie notwendig das ist, zeigt die neueste Abschwächung des Fundiries. Die Bank von England verlor am Mittwoch wieder fast 3 1/2 Millionen Pfund Gold und hat seit dem 13. Juli, an dem die Goldbörse einfiel, bereits 420 Millionen Pfund Gold abgegeben müssen.

Ein anderes Problem, das am Mittwoch ebenfalls besprochen wurde, ist die Verringerung der

Verteilung der kurzfristigen Schulden in Deutschland.

Frankreich ist nur mit schätzungsweise fünf Prozent an den kurzfristig in Deutschland befindlichen Geldern beteiligt. England und Amerika wünschen eine größere Beteiligung Frankreichs, aber auch hier tauchen die gleichen Schwierigkeiten auf wie bei der Verringerung eines neuen Kredites.

In England besteht noch die Überzeugung, daß es nicht genügt, wenn es der Konferenz nur gelingt, die augenblickliche Not Deutschlands zu überbrücken. Eine Konferenz im Herbst müßte folgen und zwar auf der breiteren Grundlage der

Revision der Kriegsschulden.

Es müßte nicht nur flüchtigend als feststehend angenommen werden, daß die alten Zahlungen nach dem Hoover-Jahr nicht fortgeführt werden, sondern zur Wiederherstellung des Vertrauens müßte wenigstens eine praktische Lösung in Aussicht gestellt werden. Im anderen Falle befürchtet man, daß die Revision, die in einem Jahr doch eintreten müßte, neue politische Beunruhigung hervorrufen würde.

Washington einverstanden.

Washington, 22. Juli. (E3.) Unterstaatssekretär Caffie erklärte, daß Washington mit dem Programm, das die Finanzminister der auf der Londoner Konferenz vertretenen Staaten ausgearbeitet haben und das am Donnerstag der Vollziehung unterbreitet werden wird, einverstanden sei.

Sonst aber Unzufriedenheit in Amerika.

Es muß ganze Arbeit gemacht werden.

Washington, 22. Juli. (E3.) In maßgebenden amerikanischen Finanzkreisen betrachtet man das Ergebnis der Londoner Konferenz als durchaus unzufriedenstellend. Es herrscht allgemein die Ansicht vor, daß die Krise in Deutschland trotz der Londoner Konferenz fortbestehen wird. Solange das Reparations-

problem nicht gelöst wird, immergrüner Kredit an

Deutschland zwischen den Kontingenzen starke Meinungsverschiedenheiten. Nur die Minorität der Banken, darunter zwei Großbanken, hat sich bisher zu einer Kreditlinie bereit erklärt, während die Mehrheit zunächst die Zustimmung der Londoner Vereinbarung abwarten will.

Auch die amerikanischen Gewerkschaften werden sich beteiligen.

Newport, 23. Juli. (E3.) Der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes forderte in einer öffentlichen Erklärung die Revision des Reparationsproblems wie überhaupt des Problems der interalliierten Schulden. Das Hoover-Jahr verzögere die notwendige Abrechnung. Im Verlauf des Winters wird die Exekutive der amerikanischen Gewerkschaften wahrscheinlich das Schuldenproblem von neuem aufrollen.

Was die Franzosen sagen.

Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses.

Paris, 23. Juli. (E3.) Die bürgerliche französische Presse bezieht sich, das Ergebnis der Londoner Konferenz als befriedigend hinzustellen. Sie gibt zwar zu, daß Deutschland keine großen Ersparnisse in seiner schwierigen Lage erhalten werde, aber sie betont, daß das wichtigste Ergebnis der Konferenz eine Verkärung des Vertrauens zwischen Frankreich und Deutschland sei, die der Haltung des Reichsanzlers zu verdanken wäre und die vielleicht in einer mehr oder minder nahen Zukunft eine umfangreiche Hilfsaktion zugunsten Deutschlands ermöglichen. In diesem Sinne schreibt das „Petit Journal“, daß die deutschen Minister keine neuen Kredite erhalten würden. Die Konferenz verfolge die Fehler des vergangenen Jahres, aber sie löschne nicht, das Fach neu zu legen. Diese Überzeugung sei schon an sich ein Element des Vertrauens und es hänge von der deutschen öffentlichen Meinung ab, daß sie Früchte tragen werde. Auch der „Matin“ begrüßt die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehung und der „Petit Parisien“ erklärt, daß die deutschen Minister entgegen den Behauptungen englischer Zeitungen bei der französischen Delegation die vollständigste Unterstützung gefunden haben. Vom französischen Standpunkt aus, stellen die Pariser Zeitungen fest, daß von Frankreich aufgeteilte Hilfe, nämlich teile Kredite ohne finanzielle und politische Garantien, von Lausanne aufrechterhalten worden ist.

Übereinkommen mit Faschisten.

Zusammen mit Hugenberg, Hitler, Selbte und Düstereberg hat der KPD. am

Juli teile ich Ihnen

Regierung es ablehnt,

Öffentlichen Ordnung

Reußentabern ein

Stahlschloß gegen die

des Ultimatums braucht nicht diskutiert zu werden. Die Tatsache, daß die kommunistische Partei sich zum Gefolgsmann des Faschismus herabwürdigen will, spricht so laut, daß es keiner Diskussion über das unerträgliche Maß bedarf, das diese Schwertung einfallen soll.

Diese Unterwerfung der kommunistischen Führung unter die Führung der Selbte und Düstereberg ist ein verwerflicher Versuch der kommunistischen Partei dar, die Sozialdemokratische Partei zu treffen. Der Pfeil wird jedoch auf den Schulgen zurückzuführen. In den Kreisen der kommunistischen Arbeiter wird man erkennen, welcher Mißbrauch mit ihnen getrieben wird, wenn sie sich mit den uniformierten Stahlschloßern und den Hitlergarben mit den Bürgerkriegsgehirnen des heutigen Unternehmertums an die Abnahme gehen sollen, um dem Faschismus in Preußen zur Macht zu verhelfen. Der einfache kommunistische Arbeiter wird tief im Innern fühlen, daß hier ein Angriff gegen die gesamte Klassenbewußte Arbeiterklasse in Deutschland geplant ist, vor allem aber ein Angriff auf die kommunistische Partei selbst und auf den Ansehen der kommunistischen Arbeiter. Ein der Führung des Stahlschloß unterwerfen,

Hilfsstruppe zu werden für die Hitler, Hugenberg, Düstereberg und Genossen, daß ist die Selbstpreisgabe der kommunistischen Partei und der kommunistischen Ideologie!
Der Glaube an das kapitalistische System ist bis tief in die Reihen des deutschen Bürgertums hinein tief eingedrungen. Die

